

zuständig: Hauptamt, Herr Jansen/ Herr Viell

Ratsdrucksache

öffentliche Sitzung

Sitzungstag: 07.11.2013

Punkt 4) Abschluss einer Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Krefeld über die Zahlbarmachung der Bezüge für die Beschäftigten und der Besoldung für die Beamten der Gemeinde Kranenburg

1. Schilderung des Sachverhaltes

Die Zahlbarmachung der Bezüge der Beschäftigten und der Besoldung für die Beamten sowie die Auszahlung des Kindergeldes erfolgt zurzeit durch das Hauptamt der Gemeinde Kranenburg im Rahmen der üblichen Erledigung der Dienstgeschäfte.

Entsprechend der Empfehlung des Büros Allevo Kommunalberatung ist vorgesehen, die Zahlbarmachung der Bezüge und Besoldung ab 01.01.2014 auf die Stadt Krefeld vorzunehmen. Der Preis von 150,00 €/ Fall/ Jahr ist angemessen. Sowohl die RVK als auch das Kommunale Rechenzentrum haben die Übernahme der Dienstleistung zu einem höheren Betrag angeboten.

In Verbindung der Übertragung von Aufgaben an den Verkehrsverein, mit der Abgabe der Zahlbarmachung der Bezüge und Besoldung sowie der Kindergeldbearbeitung ab 01.01.2014 kann eine halbe Stelle im Rathaus eingespart werden. Dies wird mit dem Entwurf des Stellenplanes 2014 nachvollzogen werden.

Der Wortlaut des Entwurfes der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist mit dem Kreis Kleve als Kommunalaufsicht, deren Genehmigung vorgeschrieben ist, informell vorab besprochen worden. Auf Seiten der Stadt Krefeld ist nach dortigem Ratsbeschluss die Genehmigung der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde der Stadt Krefeld ebenfalls erforderlich.

Der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist dieser Drucksache in der Anlage beigefügt. Es wird empfohlen, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu beschließen. Daran anschließend wird nach dem gleichen Beschluss seitens der Stadt Krefeld das Genehmigungsverfahren eingeleitet werden.

Der Personalrat hat den beabsichtigten Maßnahmen zugestimmt.

2. Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Kranenburg und der Stadt Krefeld zur Zahlbarmachung der Bezüge für die Beschäftigten und der Besoldung für die Beamten der Gemeinde Kranenburg ab 01.01.2014.

Kranenburg, den 29.10.2013 /j.docx


Der Bürgermeister

Anlage

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen der Gemeinde Kranenburg, vertreten durch den Bürgermeister,
und
der Stadt Krefeld, vertreten durch den Oberbürgermeister,

wird gemäß §§ 1 und 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2012 (GV. NRW. S. 474) und § 92 Landesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.04.2009 (GV NRW, Seite 224), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.05.2013 (GV NRW, Seite 273), folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen.

Präambel

Die Zahlbarmachung der Bezüge für die Beschäftigten und der Besoldung für die Beamten (Entgeltwesen) erfordert sehr spezielle Kenntnisse im Steuer-, Sozialversicherungs-, Tarif- und Besoldungsrecht.

Kreisangehörige Gemeinden sind auf Grund ihrer Personalstruktur zunehmend weniger in der Lage, eine den Anforderungen der Praxis genügende Anzahl von Fachkräften auszubilden und zu beschäftigen. So ist insbesondere in Krankheits- und Urlaubsfällen eine qualifizierte Vertretung der SachbearbeiterInnen im Entgeltwesen nur noch eingeschränkt möglich. Deshalb hat die Gemeinde Kranenburg den Entschluss gefasst, mit der Stadt Krefeld diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) über die Durchführung der Abwicklung des Entgeltwesens abzuschließen.

§ 1 Vertragsgegenstand

Die Stadt Krefeld verpflichtet sich, ab dem 01.01.2014, für die Gemeinde Kranenburg den Aufgabenkreis der Abwicklung des Entgeltwesens für die Bediensteten (Beamte/innen und Tarifbeschäftigte) der Gemeinde Kranenburg als Beistandsleistung durchzuführen, die nicht in einem Betrieb gewerblicher Art (BgA) eingesetzt sind oder waren. Im Übrigen bleiben die Rechte und Pflichten der Gemeinde Kranenburg als Träger der Aufgabe unberührt, gemäß § 23 Abs. 1 zweite Alternative und Abs. 2 Satz 2 GkG.

§ 2 Leistungsumfang

(1) Die Stadt Krefeld führt die Abwicklung des Entgeltwesens für die Gemeinde Kranenburg in deren Auftrag und nach deren Weisungen durch. Die von der Stadt Krefeld auszuführenden Aufgaben ergeben sich aus dem Leistungskatalog, der als Anlage 1 dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beigefügt ist.

(2) Die Gemeinde Kranenburg verpflichtet sich, der Stadt Krefeld die für die Zahlbarmachung erforderlichen Personal- und Abrechnungsunterlagen rechtzeitig und vollständig zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde Kranenburg erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Krefeld das KRZN anweisen wird, die zur Erfüllung dieser Vereinbarung erforderlichen Dateien zu erstellen und an die Stadt Krefeld weiterzuleiten. Die Gemeinde Kranenburg verpflichtet sich, der Stadt Krefeld die Informationen zu geben, die notwendig sind, um der Stadt die Erfüllung der einschlägigen gesetzlichen und tariflichen Vorschriften, insbesondere etwaige Aufzeichnungen und Meldepflichten, zu ermöglichen.

(3) Die Auszahlung der Personalentgelte, der Steuern, der Sozialversicherungsbeiträge, der ZVK-Beiträge und der Privatabzüge erfolgt unmittelbar durch das von der Stadt genutzte Abrechnungsverfahren des KRZN bei direkter Belastung der Konten der Gemeinde Kranenburg.

(4) Die Führung von Widerspruchsverfahren, verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie von arbeitsrechtlichen Streitigkeiten obliegt allein der Gemeinde Kranenburg. Mitarbeiter der Stadt Krefeld können an solchen Verfahren allein als Beistand teilnehmen.

§ 3 Leistungsvergütung

(1) Es wird je Abrechnungsfall eine Jahrespauschale von 150,00 Euro berechnet. Die Stadt Krefeld rechnet halbjährlich zum 30.06. und 31.12. ab. Die Zahlung ist innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der Rechnung ohne Abzug fällig.

(2) Eine Anpassung der Fallpauschalen ist rechtzeitig vor Beginn eines neuen Abrechnungsjahres, spätestens bis zum 31.10. eines Jahres, zu vereinbaren.

(3) Sollten künftig die in § 2 beschriebenen Beistandsleistungen der Umsatzsteuer unterliegen, stellt die Stadt Krefeld der Gemeinde Kranenburg die Mehrwertsteuer zuzüglich aller eventuell anfallenden Nebenleistungen zusätzlich in Rechnung, ggf. auch für zurückliegende Zeiträume.

§ 4 Datenschutz

(1) Die Auftragsdatenverarbeitung richtet sich nach § 11 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten – DSGVO – sowie § 11 des Bundesdatenschutzgesetzes – BDSG -. Die Gemeinde Kranenburg ist für die Einhaltung der anzuwendenden Datenschutzvorschriften im Hinblick auf die Verarbeitung ihrer Daten verantwortlich. Sie hat insbesondere zu prüfen, ob die Datenverarbeitung zulässig ist. Für die Einhaltung der Rechte der Betroffenen ist die Gemeinde Kranenburg verantwortlich; dabei wird sie von der Stadt Krefeld unterstützt.

(2) Die Stadt Krefeld darf die Daten nur nach den Weisungen der Gemeinde Kranenburg verarbeiten oder nutzen.

(3) Weisungen bedürfen der Schriftform. Die Stadt Krefeld wird die Gemeinde Kranenburg darauf hinweisen, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Weisung der Gemeinde Kranenburg gegen Datenschutzvorschriften verstößt. Diese Hinweispflicht beinhaltet keine rechtliche Prüfung.

(4) Die Stadt Krefeld verpflichtet sich, die ihr von der Gemeinde Kranenburg zur Verfügung gestellten Unterlagen und Daten sowie die Arbeitsergebnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere Unbefugten nicht zugänglich zu machen.

(5) Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

§ 5 Haftung

Die Stadt Krefeld haftet für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages nach den gesetzlichen Vorschriften, jedoch beschränkt auf Fälle des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit.

§ 6 Laufzeit und Kündigung

Diese Vereinbarung ist unbefristet. Jeder Vereinbarungspartner kann die Vereinbarung mit einer Frist von einem Jahr zum Jahresende, erstmalig zum 31.12.2015, kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 Schriftform

Änderungen und Zusätze zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform und müssen den Anforderungen der rechtlichen Vorschriften entsprechen. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestandteile dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die Vertragsparteien werden in diesem Fall die entsprechenden Regelungen durch eine Vereinbarung ersetzen, die dem Zweck dieser Vereinbarung entspricht und von Beginn der Unwirksamkeit bzw. Undurchführbarkeit an gilt.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt zum 1. Januar 2014 in Kraft. Voraussetzung für das Inkrafttreten ist die Genehmigung und Bekanntmachung gemäß § 24 Abs, 4 GKG durch die Aufsichtsbehörde.

Kranenburg, den

Krefeld, den

Bürgermeister Allg. Vertreter

Oberbürgermeister

Stadtdirektorin